

Dringliche Anfrage

Fraktion DIE LINKE

Hannover, den 15.09.2009

Was unternimmt die Landesregierung gegen die „beispiellose“ kommunale Finanzkrise?

Der Deutsche Städtetag warnt vor einer „beispiellosen Finanzkrise“ der Städte und Gemeinden. Berechnungen des Verbandes hätten ergeben, dass die Kommunen in der Bundesrepublik im Jahr 2010 ein Defizit von mehr als 10 Milliarden Euro befürchten müssen, wie Städtetagspräsidentin Petra Roth (CDU) am 29. August 2009 der *Leipziger Volkszeitung* erklärte. Schon jetzt seien die Kassenkredite der Gemeinden in Deutschland mit 31,6 Milliarden Euro mehr als fünfmal so hoch wie im Jahr 1999. Vor allem Städte mit hoher Arbeitslosigkeit drohten nach Einschätzung von Frau Roth unter dieser immer mehr steigenden Last finanziell zusammenzubrechen. „Hier ist tatsächlich Land unter, erst recht, wenn die Krise demnächst voll auf die Langzeitarbeitslosigkeit durchschlägt“, so die Präsidentin des Deutschen Städtetages. Die kommunalen Spitzenverbände fordern vom Bund und den Ländern Soforthilfen sowie langfristig wirkende Schritte für die Sicherung der kommunalen Finanzausstattung.

Vor allem sinkende Gewerbesteuereinnahmen und deutlich nach unten korrigierte Steuervorauszahlungen von Unternehmen bei gleichzeitig steigenden Sozialausgaben seien nach Auffassung des Deutschen Städtetages zusehends problematischer für die Erfüllung der kommunalen Aufgaben. Immer mehr Städte, Gemeinden und Landkreise auch in Niedersachsen vermelden bei den Kommunalfinzen „Land unter“. In der Landeshauptstadt Hannover wird mit bis zu 1 Milliarde Euro Schulden bis 2013 gerechnet (*Neue Presse* vom 11. September 2009, S. 1), auch in Braunschweig, Osnabrück, Salzgitter und vielen anderen Kommunen gibt es bei den Kommunalfinzen angesichts der Krisenauswirkungen eine dramatische Situation.

Die Zuweisungen des Landes im kommunalen Finanzausgleich Niedersachsens sollen im Jahr 2010 gegenüber dem Ansatz für das Jahr 2009 in Höhe von 3,024 Milliarden Euro um rund 540 Millionen Euro niedriger bei dann 2,474 Milliarden Euro liegen, wie in der Mittelfristigen Planung 2009 bis 2013 der Niedersächsischen Landesregierung vom 22./23. Juni 2009, S. 35, festgestellt wird. Damit hätten die niedersächsischen Kommunen neben den laufenden Ausfällen bei der Gewerbesteuer infolge der Krise zusätzlich weitere drastische Einnahmeverluste wegen der jetzigen Ausgestaltung des kommunalen Finanzausgleichs zu verkraften, die ihre Handlungsfähigkeit rigoros einschränken würde.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Was unternimmt sie, um die kommunalen Kassenkredite in Niedersachsen und deren Wachstum deutlich abzubauen?
2. Welche Schlussfolgerungen zieht sie aus den massiven Einbrüchen der kommunalen Gewerbesteuereinnahmen sowie den rückläufigen Steuereinnahmen des Landes für die Ausgestaltung des kommunalen Finanzausgleichs in Niedersachsen?
3. Welche Schritte beabsichtigt sie gegenüber der Bundesregierung direkt bzw. mit Initiativen im Bundesrat zu unternehmen, um Hilfen seitens des Bundes für die Kommunen, so durch stärkere Kostenbeteiligung an den Unterkunftskosten der Kommunen für Langzeitarbeitslose bzw. für Gesetzesänderungen zur Verringerung der Konjunkturabhängigkeit der Gewerbesteuer, auf den Weg zu bringen?

Christa Reichwaldt
Parlamentarische Geschäftsführerin

(Ausgegeben am 17.09.2009)